

**Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen**

**Protokoll**

36. Sitzung (nicht öffentlich)

16. Juni 1993

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.00 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Schultz (SPD)

Stenograph: Scheidel

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

- 1 Verlust von Mietwohnungen stoppen - Verdrängung verhindern**  
**Abschaffung des Paragraphen 10 e EStG für Mietwohnungen im Bestand**

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/4527

Vorlage 11/1973

Ausschußprotokoll 11/775

1

Nach kurzer Diskussion wird der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. gegen das Votum der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.

Berichterstatter: Abgeordneter Schultz (SPD)

- 2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1993 (Nachtragshaushaltsgesetz 1993) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1993 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/5510

4

Der Ausschuß stimmt dem Nachtragshaushalt in der vorgelegten Fassung mit Stimmenmehrheit der SPD gegen das Votum der CDU und GRÜNEN bei Einhaltung durch die F.D.P.-Fraktion zu.

- 3 Neuregelung der Wohnungszuweisung bei Mißhandlung**

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/4452

4

Der Antrag der Fraktion der GRÜNEN wird abgelehnt.

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen  
36. Sitzung

16.06.1993  
sl-lg

Seite

#### **4 Gesetz zur Änderung des Landschaftsgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD  
Drucksache 11/5485

6

Der Ausschuß berät den Gesetzentwurf. Ein Beschluß wird mit Rücksicht auf eine möglicherweise noch durchzuführende Anhörung nicht gefaßt.

#### **5 Frauenparkplätze: besser ausstatten und kontrollieren**

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/4451

8

Der Ausschuß diskutiert den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN. Ein Beschluß wird nicht gefaßt, da auch der Frauenausschuß das Thema noch nicht abschließend behandelt hat.

#### **6 Erweiterte Belegungsrechte für einkommensschwache Haushalte**

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/5026

9

Der Ausschuß berät den Antrag und verständigt sich darauf, die Beratung nach der Sommerpause fortzusetzen. Das Ministerium wird bis dahin aktuelles Zahlenmaterial zur Verfügung stellen.

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen  
36. Sitzung

16.06.1993  
sl-1g

Seite

## **7 Novellierung der Landesbauordnung**

Der Ausschuß nimmt einen Sachstandsbericht der Ministerin für Bauen und Wohnen entgegen, dem sich eine Diskussion anschließt.

11

## **8 Beschlußfassung über die Vertraulichkeit gemäß § 31 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtags über einen von der Fraktion der F.D.P. beantragten Tagesordnungspunkt**

Der Ausschuß berät diese Thema in vertraulicher Sitzung (Vertrauliches Ausschußprotokoll 11/11).

12

## **9 Verschiedenes**

Siehe Seite 12 des Diskussionsteils.

-----

**2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1993 (Nachtragshaushaltsgesetz 1993) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1993 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/5510

Auf eine Frage des Abgeordneten Jaeger (CDU) betreffend einen Haushaltsansatz von 43 Millionen DM im Nachtragshaushalt führt MDgt Dr. Roters (MSV) aus, hierbei handele es sich ausschließlich um Landesmittel, die nicht projektgebunden und geeignet seien, auf die aktuellen Erfordernisse - Schaffung von Flächen für den Wohnungsbau und neue Arbeitsplätze - einzugehen.

**3 Neuregelung der Wohnungszuweisung bei Mißhandlung**

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/4452

Abgeordnete Nacken (GRÜNE) skizziert zunächst den Hintergrund für den Antrag ihrer Fraktion. Die Ministerin für Bauen und Wohnen habe sich auch im Rahmen einer entsprechenden Vorlage zu dem Problem geäußert. Es gebe nach wie vor Städte, in denen das Problem nicht aufgearbeitet werde.

Abgeordnete Decking-Schwill (CDU) meint, die Intention des Antrages sei durchaus zu begrüßen. Trotz vieler zustimmungsfähiger Ansätze werde ihre Fraktion den Antrag jedoch ablehnen. Eine Gesetzesänderung helfe nach Auffassung der CDU-Fraktion nicht weiter. Die Einschätzung, die Zuteilung der Wohnungen bleibe dem "freien Spiel der Kräfte" überlassen, teile sie nicht. Die gesetzlichen Grundlagen - hier der Paragraph 1361 b BGB - seien durchaus in Ordnung. Neue Ungerechtigkeiten müßten vermieden werden.